

Die Berliner Volks-Zeitung erscheint täglich zweimal: Sonntags nur morgens, Montag nur abends. Abonnementspreis für Berlin: 75 Pf. monatlich...

Berliner

Volks-Zeitung

mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt

Abend-Ausgabe

Mittwoch, 23. September 1908

Anzeigenpreis für die Seite 40 Bl. Stellenangebote und Gesuche: 30.

SW. Telephon: 5610-11, 5610-12, 5610-13, 5610-14, 5610-15, 5610-16, 5610-17, 5610-18, 5610-19, 5610-20, 5610-21, 5610-22, 5610-23, 5610-24, 5610-25, 5610-26, 5610-27, 5610-28, 5610-29, 5610-30, 5610-31, 5610-32, 5610-33, 5610-34, 5610-35, 5610-36, 5610-37, 5610-38, 5610-39, 5610-40, 5610-41, 5610-42, 5610-43, 5610-44, 5610-45, 5610-46, 5610-47, 5610-48, 5610-49, 5610-50, 5610-51, 5610-52, 5610-53, 5610-54, 5610-55, 5610-56, 5610-57, 5610-58, 5610-59, 5610-60, 5610-61, 5610-62, 5610-63, 5610-64, 5610-65, 5610-66, 5610-67, 5610-68, 5610-69, 5610-70, 5610-71, 5610-72, 5610-73, 5610-74, 5610-75, 5610-76, 5610-77, 5610-78, 5610-79, 5610-80, 5610-81, 5610-82, 5610-83, 5610-84, 5610-85, 5610-86, 5610-87, 5610-88, 5610-89, 5610-90, 5610-91, 5610-92, 5610-93, 5610-94, 5610-95, 5610-96, 5610-97, 5610-98, 5610-99, 5610-100.

Chef-Redakteur: Karl Vollgraf, Berlin W. Verlag: Druck: Indolff-Druck, Berlin SW.

Erzähltes und Verschwiegenes.

Der Vertreter des Reichsbüros und Reformator der arbeitslosen Reichsfinanzen Herr Sydow hat, wie unsere Leser aus dem heutigen Morgenblatt wissen, einen Teil seines Reform-Programms erfüllt. Wir stellen nach seinem eigenen Angaben als Momente seines Reformprogramms fest, daß er neue oder erhöhte Steuern braucht, weil folgende Aufgaben vorliegen:

- 1. Die bisherigen Festbeträge sollen beseitigt werden.
2. Die im letzten Folgejahr vorgesehene Witwen- und Waisenversicherung soll in Szene gesetzt werden.
3. Die Reichsbeamtengehälter sollen erhöht werden.
4. Der Reichsrentenfond soll beseitigt werden.
5. Die Schuldentilgung erfordert erhöhte Zinsfußsätze.
6. Die Grundbesitzer-Grundsteuerbeträge sollen abgelöst werden, das heißt den Einzelstaaten wird nicht mehr gezahlt.
7. Die Zuckersteuer soll beseitigt oder ermäßigt werden.
8. Die Fabriksteuer soll, was sie als Echeitel verdient, in die Wertschöpfung geworfen werden.
9. Die Steuer sollen den dazu erforderlichen Bedarf von circa 500 Millionen Mark jährl.:
1. Die höhere Besteuerung des Branntweins, wobei Herr Sydow die Frage offen läßt, ob er nicht das Branntweinmonopol vorschlagen will, natürlich unter einer Willkür-abstufungsabgabe für die Agrarier.
2. Die Erhöhung der Biersteuer.
3. Die Erhöhung der Tabaksteuer.
4. Die Besteuerung der Gebälle unter der Preußen-Deutschland übrigen Bevölkerung des Reichsgebietes, der die Steuer als Rente, das heißt, in Ratezahlungen leisten soll, während die nicht-agrarischen Erben die Steuer in vier Raten zahlen.

Das sind ungefähre die Steuern, die Herr Sydow in seinem „unantastlichen Denkschrift“ als seine Reformsteuer vertragen hat. Daneben redet er allgemein und unbestimmt noch von „anderen“ Steuern, die er in petto hat, falls ihm seine herrlichen Pläne durchstreut oder bis zur Unmöglichkeit zugestrichelt werden sollten. Warum aber, so müssen wir fragen, ist er wegen dieser „eventual“-Steuern so schweigsam? Wie heißt's mit der Elastizitätssteuer? Und was nicht von der Inzeratensteuer die Rede, die auch unpraktischer, verkehr- und handelsfeindlicher, distanzierend und verzerrend als die Fabriksteuer ist, die Herr Sydow jetzt glücklich fallen lassen will?

Warum läßt man die Interessenten, die sich hier einer eventuellen Schwächung ausgesetzt sehen werden, im Unklaren? Haben sie nicht das Recht, sich zu rechter Zeit zur Wehre setzen zu können wie die anderen, die man bluten lassen will?

U. W. 10. g.

Eine neue Katastrophe in der französischen Marine.

Die schweren Unfälle in der französischen Kriegsmarine hören nicht auf; wieder kommt die Meldung von einer schweren Geschehnisse in Hafen von Toulon. Das Ereignis lautet:

Auf dem Kreuzer „Ratonche“-Trébille ereignete sich eine Geschehnisse. Die Zahl der Toten und Verwundeten ist groß. Die Opfer der Katastrophe wurden bis zur Unkenntlichkeit verwickelt.

Weiter wird aus Toulon gemeldet: Auch die Geschehnisse auf dem Kreuzer „Ratonche“-Trébille, die sich bei Saint-Mandé ereignete, wurden 9 bis 13 Mann getötet und zwei tödlich verletzt. — Der Marine-Minister ist von Paris nach Toulon abgereist.

Der Marinepräsident in Toulon hat das Jugendverbrechen betreffend die Geschehnisse an Bord des Kreuzers „Ratonche“-Trébille begonnen. Die Explosion folgte durch die Entzündung eines Kartridgs hervorgerufen worden sein, so wurde also eine ähnliche Ursache haben wie der Unfall an Bord des Schiffes „Carrone“. Wie bei jener Explosion tramen fast alle Opfer aus der Bretagne. Eine große Menge wartet am Strand und verlangt von der Marinepräsidatur Auskunft. Da diese es verweigerte, die Einzelheiten des Vorfalls und die Namen der Verunglückten bekanntzugeben, ereigneten sich mehrere Zwischenfälle und es wurden Aufregungen erhoben wegen des Schweigens der Präsidatur.

Budapest, 22. September. Abgeordnetensversammlung. Bei der Einbringung des Budgets 1909 vertritt Ministerpräsident Dr. Weizsäcker die Finanzlage. Er weist dabei auf die bedeutende Steigerung der Ausgaben hin, die bei Folge habe, daß die Einnahmen höher veranschlagt werden müßten. Dies ist durchsichtig gewährleistet, da der Staatsschatz für 1909 hinter den effektiven Einnahmen von 1907 um 53 Millionen Grundbesitz. Bezüglich der Einnahmen sagt der Ministerpräsident, der Reichstag hat Streit in Höhe von 305 Millionen beantragt. Das Geldvermögen für die Gehaltsaufstellungen sei aus den laufenden Einnahmen zu decken, was das günstigste Ergebnis für die letzte Rechnung des Staatshaushalts sei.

Oskar II. und die Presse.

Die gegenwärtige Tagung des 12. Internationalen Pressekongresses erinnert an den vierten Kongress in Stockholm, an den Einigung dieses Kongresses beim König Oskar II. und an die Kundgebung, die der König bei der Gelegenheit hielt. In dieser hielt er unter anderem:

„Unter den Einrichtungen der modernen Zeit nimmt die Tagespresse unbestritten eine der hervorragendsten Plätze ein. Die Kraft, die sie besitzt, scheint geradezu unermesslich, und wie die Presse sich ihrer hohen Verantwortlichkeit bewußt bleibt, welche die unermessliche Gesellschaft beruht, wird eine große Gewähr für die menschliche Gesellschaft beruht.“

Der König betonte die Teilnahme der Presse an der Konstitutionellen Freiheit der ältesten und die am tiefsten wurzeln. Mit seiner Rede zur Freiheit und Unabhängigkeit hat dieses Land jedoch immer die Achtung vor dem Gesetz und der lokalen Meinung zu verbinden gewußt. Gestrichelt wurden die schwedischen Sitten, welche über die Grenzen des Vaterlandes hinausgetragen, aber die Ereignisse dieser unvollkommen, doch nicht immer glücklichen Zeiten sind jetzt nur noch eine Erinnerung. In der Tat hat dieses von den alten Wärdungen abstandnehmende Volk in mehreren Tagen seinen anderen Charakter, als nach dem Ruhme freier Erörterung und nach Triumph der Kultur.“

Hoch eine gewalttätige Geste bei dem jungen Abend auf Drohtingholm ist bemerkenswert; der König sah unter seinen Gästen auch den bevorzugten sozialdemokratischen Publizisten Schwedens; er redete diesem „Höflicher“ die Hand und sagte: „Es ist recht, daß auch Sie zu mir gekommen sind — wie wollen ja schließlich beide nur das Beste des Volkes.“

Die Jenenser Schriftfreiheit.

Am 22. September, 22. September, wird uns berichtet: Auf dem am 27. September hier beginnenden 2. Deutschen Soziologischen Kongress steht an erster Stelle ein Vortrag des Professors v. Rintelen über die Stellung des akademischen Lehrers zur Freiheit in Forschung und Lehre auf der Hochschule. Da in letzter Zeit durch eine Veröffentlichung des Professors Max Weber-Heidelberg dem Zweckpunkt gegenüber wurde, daß in Jena die Schriftfreiheit gewahrt sei, so ist es interessant, daß die Bestimmungen, denen zu Folge die Schriftfreiheit der Studenten zu umgeben. Es handelt sich dabei um Bestimmungen, die von der Verwaltung von Mitteln der von Weber begründeten Carl-Zeiß-Stiftung an die Universität zur Regulierung der Professorengehälter gefaßt worden sind. Sie lauten in ihrem entscheidenden Teile:

„Im vorliegenden Artikel Bestimmungen gemäß Artikel 9 auf den Universitätsstatuten nur solange übernommen, und solcher übernommen wiederkehren nur solange fortgesetzt werden, als die Dozenten der Universität Jena (den bisherigen Rechtszustand gemäß) volle Schriftfreiheit genießen und in der Ausübung der allgemeinen staatsbürgerlichen und persönlichen Rechte nicht beschränkt sind.“

Als dieser Erklärung gegenüber ist jedoch nicht anzunehmen die Verpflichtung der Professoren der theologischen Fakultät im Verhältnis zur Vertretung der Lehre der evangelischen Kirche sowie auch nicht der Entsch. und die Anwendung von Beschränkungen über das dienstliche Vorgehen gegen Dozenten wegen Verletzung der aus dem akademischen Amt folgenden Pflichten, wegen Verbindlichkeiten gegen die allgemeinen Staatsrechte und wegen eines fiktiven zivilrechtlichen Verhältnisses oder wegen Handlungen, die der öffentlichen Ehre Abbruch tun.

Die deutsche Hochschulverwaltung wird wohl in eine Prüfung der Frage eintreten, ob sich danach die Ansicht des Professors Max Weber-Heidelberg anstreifen läßt.

Die Deutsche Antwort.

Auf Paris meldet uns ein Telegramm: Weber die deutsche Antwortnote veröffentlicht die „Matin“ einen Artikel, worin es heißt, Frankreich werde sich nicht weigern, zu diskutieren, aber unter der Bedingung, daß sich die Diskussion im Rahmen der Aggression-Alle halte. Frankreich verlange die Klärung des heiligen Krieges durch Walter Hobbs, und dieser Punkt könne in Deutschland Mißbilligung hervorgerufen zu haben. Frankreichs Antwort sei man bereit, diese Forderung stellen zu lassen und sich mit einem Versprechen Walter Hobbs zu begnügen. Was die Nennung des Schandgebietes betrifft, so liegt in dieser Hinsicht ein Widerspruch vor, das die französische Regierung dem Parlamenten gepöbel, und die belästigende Vermischung der französischen Tendenzen hängt ausschließlich von der Haltung des Entsch. ab. Frankreich werde in dieser Frage keine Genehmigung des Anstandes dulden. Frankreich wolle sein Recht behaupten und genau so vorgehen, wie es andere Mächte an seiner Stelle tun würden.

Das Schicksal der Arbeitslosenverträge.

Bekanntlich ist die Arbeitslosenverträge am 4. Februar d. J. dem Bundesrat vorgegangen und von denselben einem förmlichen Beschluß zugunsten der Verträge, Aufhebung und Ergänzung übergeben worden. Wie nun die Berliner Arbeitervereine von gut unterrichteter Seite hört, soll die Vorlage bereits den Reichsrats einer durchgehenden Veränderung unterworfen worden sein. Die Aufhebung von Verträgen hinsichtlich der Rechte der Arbeiter kommen, der Waldmanns für Arbeitervereine geändert werden. Dagegen bleiben die paritätisch angeordneten Arbeitsverträge und das Verhältnis für die die Bildung der Arbeitervereine bestehen. Die Vorarbeiten zur Umänderung der Vorlage sehr umfangreich sind, dürfte die Entscheidung durch den Bundesrat und die Einbringung in den Reichstag erst gegen Weihnachten erfolgen.

Die slowenischen Gesetz.

Am 23. September wird gemeldet: Das Versehen befragt der Gesetz gestellte sich unter Teilnahme des gesamten Gemeindefreier, zahlreicher Deputierten in Triest und vieler landesweiter Mandat in Triest, die Mittel eines großen nationalen Demonstration; es wurden Anspornen gehalten. Ausdrückungen kamen nicht vor.

Das offizielle „Wiener T. Telegraphen-Verwehen“ teilt mit: Die Regierung hat dem Bundespräsidenten von Kaiser Wilhelm die Sicherheit der Person und des Eigentums in der Slowenien unbedingt zu gewährleisten. Es ist dem Bundespräsidenten besonders angetragen worden, dafür zu sorgen, daß jedem die freie Ausübung seiner Privatgeschäfte gesichert und jeder ungesetzlichen Verwehen auf dem Gebiet der Stadt in demselben Weise. In diesem Zweck sollen alle Maßnahmen aufgetragen und öffentlichen Pflichten auszuführen. Nach der Beschlüssen der unter Anwendung gesetzlicher Mittel, insbesondere durch die Befreiung von Steuern, Abgaben oder sich überhaupt an den Gesetzen beteiligt haben, ist eifrig Nachforschung zu halten und gegen die Schuldigen mit der ganzen Stärke des Gesetzes vorzugehen. Sollen die Angelegenheiten unzureichend befriedigt werden, so hat die Landesregierung die unmittelbare Befehl der Regierung in die Hand zu nehmen. Die Regierung wird ebenfalls alle geeigneten Mittel anzuwenden, um eine Wiederholung derartigen Verwehen vorzubeugen und in Triest geordnete Verhältnisse dauernd sicherzustellen.

Die türkische Antiske.

Die „Allsische Zeitung“ erzählt aus Konstantinopel, daß die neue türkische Antiske im Betrag von 3.000.000 in türkischen Pfund mit einer französischen Gruppe und der Ottomanbank abgeschlossen sei. Die Ausgabe erfolgt in Konstantinopel, Paris und London. Als Sicherheit für die Antiske dienen die Überkäufe aus Petroleum in Smyrna und Saloniki, falls diese nicht genügend sind, auch noch die Gesamteinnahme des Reichs. Hauptliche Garantie und auch die Antiske sollen sich leicht erfüllt, sich ein weiteres Antiske des Landes zu beschaffen. Die Regierung ist mit der Ausführung eines vollständigen Haushaltungsplans für das nächste Rechnungsjahr beschäftigt.

Die Pforte und Bulgarien.

Der heute stattfindende Besuch des Fürsten Ferdinand in Budapest gibt der österreichisch-ungarischen Regierung Gelegenheit, der Pforte den guten Rat zu erteilen, recht bald wieder mit Bulgarien sich auf einen guten Fuß zu stellen. Das offizielle „Wiener Fremdenblatt“ schreibt:

Am Mittwoch wird Fürst Ferdinand von Bulgarien in Budapest mit allen Ehren empfangen werden. Der Fürst wird sich in früheren Jahren ebenfalls an mehreren Orten eine ausgezeichnete Aufnahme, die ein Ausbruch der Anerkennung war für seine hervorragende Mitwirkung an der kulturellen Entwicklung des Balkanraums, für seine ganze Besonnenheit und in Dienste des Friedens und schillernde Kulturleistungen. Bulgarien in eine Zeit, da in die Welt der diplomatische Umgang stellt in eine Zeit, da in die Welt Spannung gekommen ist, und wird hoffentlich die Wirkung haben, diese Beziehungen in glänzender Weise zu befestigen. Das „Fremdenblatt“ berichtet sodann den Fall Geshow und führt weiter Momente an, die dafür sprechen, daß die Pforte die heilige diplomatische Stellung Bulgariens bereits bei mehreren Gelegenheiten in Betracht zieht. Zum Schluß hat das Blatt: Der Empfang in Budapest wird die offiziellen Konstantinopeler Bemerkungen erleichtern, aus der etwas verwickelten Situation einen für beide Teile befriedigenden Ausweg zu finden.

Nach einer Konstantinopeler Meldung hat die Pforte wegen der militärischen Besetzung der bulgarischen Eisenbahnen durch bulgarische Truppen in Bulgarien Schritte unternommen.

Nach Angaben der Pforte hat Russland sowohl der türkischen wie der bulgarischen Regierung eine Regelung des Zwischenfalls Geshow empfohlen.

Die neuen Beförderungen der Reichspostbeamten.

Seine Majestät im Reich und in Preußen bezahlt ihre Beamten so schlecht wie die Reichspost. Während zum Beispiel der mittlere Beamte in den preussischen Reichspost schon heute nur 4200 Mark durchschnittlich kommt und auf 5000 bis 6000 Mark im Gehaltsausmaß kann, ist er bei der Post trotz ihrer hohen Lebenshaltung einem mittleren Beamten wie möglich, ein Durchschnitt von 3800, im günstigsten Falle von 4200 Mark zu erhalten. Keineswegs wie bei der mittleren Post es bei der höheren Karriere.

Der Durchschnittsbeamte der mittleren Karriere bei der Post stellt bei einem Alter von 30 Jahren im mittleren Gehalt von 2100 Mark, in ein eingetretener und Korbplan geworfen, so kann er in diesem Alter noch 2400 Mark verdienen. Der 200 Mark Monatsbehalten im Alter von 30 bis 32 Jahren leisteten die meisten mittleren Postbeamten, und es geht ihnen bei der Alterung selbstverständlich dabei nicht mangelt. Der vorgelegten Besoldung sind diese Zustände häufig, aber trotz allem können über wollte? Sie es nicht durchziehen, daß bei der neuen Gehaltsveränderung die mittleren Postbeamten den preussischen Kollegen gleichgestellt werden, obgleich angeblich Reich und Preußen in der Beförderung der Eaten Geld in Geld gespart haben wollen.

In Preußen erhalten heute die Postbeamten und Postboten 3000 bis 6000 Mark, die Oberpostbeamten aber nur 2100 bis 4200 Mark.